

Postdemokratie

Autor(en): **Blaser, Markus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **86 (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342098>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Postdemokratie

Markus Blaser

Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2008. 160 S., Fr. 18.90.

Der hier vorzustellende Essay des Politikwissenschaftlers Colin Crouch, der am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz tätig war und heute an der Universität Warwick lehrt, ist 2003 erstmals in italienischer und 2004 in englischer Sprache erschienen und darf inzwischen als Schlüsseltext der Gegenwartsdiagnose gelten. Es ist deshalb höchste Zeit, dass seine Analyse der Postdemokratie nun auch dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht wird.

Mit Postdemokratie bezeichnet Crouch «ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, [...]. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.» (S. 10)

Kehren also vormoderne Zustände zurück, in denen Politik dem Adel und «Geheimen Räten» vorbehalten war? Nicht ganz: «Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, [...].» (S. 13)

Der typische Charakterzug der Postdemokratie ist somit ihre Janusköpfigkeit. So ist der Respekt gegenüber Politikern zwar zusammengebrochen, aber im wütenden Hass auf die ‚*classe politique*‘ spiegeln sich eine passive Haltung und die «Idee, dass die Politik im wesentlichen eine Angelegenheit von Eliten sei». (S. 23) Politiker und Parteien sorgen sich zwar sehr um ihr Verhältnis zu den WählerInnen, aber sie tun dies mit Mitteln des Marketings, Showbusiness und Meinungsumfragen. Deshalb umgeben sie sich mit einem Heer von PR-Fachleuten und externen Beratern – und werden dadurch in zunehmenden Masse abhängig von Lobbyisten aus der Wirtschaft. Werden schliesslich Korruptionsskandale aufgedeckt, schliesst sich der Kreis: «Die Politiker sind [...] in den Ruf geraten, nicht länger vertrauenswürdig zu sein; dies gilt als ihr ureigenstes Merkmal.» (S. 41)

Die Zerstörung des Politiker-Image ist jedoch kein Selbstzweck. Es dient vielmehr dazu, das Ansehen der Politik, des Staates und damit der Demokratie selbst nachhaltig zu beschädigen, um der Gesellschaft ein anderes Funktionsmodell aufzuzwingen: das Modell des globalen Unternehmens. Dessen zentrale Eigenschaft ist Flexibilität. Konzerne sollen frei sein von jeglichen Verpflichtungen, sei es gegenüber Angestellten, Gewerkschaften oder auch Arbeitgeberverbänden, und sie lagern deshalb immer weitere Geschäftsbereiche an Subunternehmen aus. Um ihre Identität möglichst rasch wechseln zu können, verzichten sie selbst auf ein Kerngeschäft und verwalten «nur noch den Firmennamen als Markenzeichen» (S. 52).¹

Das Problem ist, dass dieses Unternehmenskonzept immer mehr zum Modell für die Erbringung öffentlicher Leistungen wird, die rentabilisiert, privatisiert, ausgelagert, kurz: kommerzialisiert werden. Crouch belegt an konkreten Beispielen, dass sie so massiv verschlechtert werden. Weil darüber hinaus aber auch fachliches Know-how in der Verwaltung selbst verloren geht, schwinden das Selbstvertrauen der Regierungen wie das Vertrauen der Bürger in den Staat, was wiederum das Argument stärkt, dieser müsse eben wie ein Unternehmen geführt werden.

Die Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen öffnet dem globalen Unternehmen die Türen zur politischen Macht. Seine Lobbyisten handeln Public-Private-Partnership-Verträge aus und hüpfen vom Job im Firmen-Management in die oberste Verwaltungsebene, zur Politikberatung und zurück. Das verändert auch die politischen Parteien. Ursprünglich ein System ineinander verschachtelter konzentrischer Kreise (Parteispitze – Aktivisten – Mitglieder – WählerInnen), verformt sich der innerste Zirkel durch den Beizug externer Berater und Experten zur Ellipse. Die postdemokratische Partei ist keine Massenpartei mehr, sondern «eine sich selbst reproduzierende Elite», die eng mit Unternehmen vernetzt ist. (S. 96) Als Beispiele nennt Crouch Berlusconi's Forza Italia, aber auch New Labour, die wegen des kostspieligen Wahlkampfstils massiv auf Spenden aus der Wirtschaft angewiesen ist.

Die Ursachen der Postdemokratie ortet Crouch im Niedergang der Arbeiterklasse und der Schwierigkeiten der Linken, neue politische Identitäten aus der wachsenden Dienstleistungsökonomie zu mobilisieren. Potenzial für eine aktive Gegenbewegung im Kampf gegen die Macht der Unternehmen macht er nicht nur bei den GlobalisierungsgegnerInnen aus, sondern nach wie vor auch bei Parteien, Gewerkschaften und sogar der EU. Dass sein Buch nicht nur eine dichte und stringente Analyse der Postdemokratie, sondern auch Ansätze zur Rückgewinnung (direkt-)demokratischer Handlungsspielräume bietet, macht es zur Pflichtlektüre für alle, denen die soziale Demokratie am Herzen liegt.

¹ Silvio Berlusconi hat vorgemacht, dass selbst die Marke verzichtbar ist. Vor einem Jahr überraschte er alle mit der Ankündigung, sein Partei-Unternehmen «Forza Italia» aufzulösen und unter dem Namen «Popolo della libertà» und neuem Logo zu den Parlamentswahlen vom Frühjahr 2008 anzutreten.